

von Hirschhausen, Christian R.

Article

Die Verkehrung der Ursachen: Wenn steigende Energiepreise missbraucht werden

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: von Hirschhausen, Christian R. (2021) : Die Verkehrung der Ursachen: Wenn steigende Energiepreise missbraucht werden, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 88, Iss. 43, pp. 724-, https://doi.org/10.18723/diw_wb:2021-43-3

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/248525>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



CHRISTIAN VON HIRSCHHAUSEN

Die Verkehrung der Ursachen: Wenn steigende Energiepreise missbraucht werden

Christian von Hirschhausen ist Forschungsdirektor Internationale Infrastrukturpolitik und Industrieökonomie am DIW Berlin. Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Manchmal reibt man sich verwundert die Augen: Die Preise für fossile Energieträger steigen rasant und manchem fällt nichts Besseres ein, als den Ausweg in der Atomkraft zu suchen. Oder die Energiewende dafür verantwortlich zu machen. Diese Reaktionen in Teilen der Energiewirtschaft, aber auch in der Medienberichterstattung zeigen, dass viele die wahren Ausmaße der Energie- und Klimakrise noch nicht verstehen oder eine Chance wittern, im Eigeninteresse die Energiewende abzuwenden. Viele der aktuell diskutierten Lösungen weisen rückwärts. Die Probleme sollen mit den Mitteln gelöst werden, die genau diese Probleme verursacht haben, nämlich die Abhängigkeit von schmutzigen fossilen Energieträgern, mit Preisschwankungen und einem enormen Importbedarf. So schlägt der Economist am 16. Oktober tatsächlich vor, mehr Kernkraftwerke zur Sicherung einer „sauberen“ Grundlastversorgung zu bauen. Der Focus rät AnlegerInnen in seiner Ausgabe vom 16. Oktober, sich gegen steigende Energiepreise mit Geldanlagen ausgerechnet in fossiles „Urgestein“ wie die russische Gazprom oder den Ölmulti Royal Dutch Shell abzusichern; alternativ wird auch Electricité de France (EdF) empfohlen, „der viele Atomkraftwerke besitzende französische Energie-Riese“. Die Energiewirtschaft von gestern macht ihrerseits den Ausbau erneuerbarer Energien zum Sündenbock der derzeitigen Preissteigerungen und fordert eine Verlangsamung, wenn nicht völlige Umkehr von der Energiewende. Welch durchsichtiges Manöver!

Das Gegenteil ist angesagt, nämlich der beschleunigte Ausbau erneuerbarer Energien. Und zwar trotz oder gerade wegen der aktuellen Preissteigerung für fossile Energien, insbesondere Erdöl und Erdgas. Sicherlich muss existenziell bedrohten VerbraucherInnen eine stabile Energieversorgung gewährleistet werden. Im Gegensatz zu anderen Ländern ist dies in Deutschland durch die staatlich garantierte Grundversorgung durch die jeweiligen regionalen Energieanbieter auch gewährleistet. Darüber hinaus gibt es eine Reihe von Maßnahmen im Bereich Marktdesign, die die Preisausschläge in Zeiten temporärer Knappheiten einschränken können. Der wesentliche Hebel zur Vermeidung ähnlicher Situationen in der Zukunft ist jedoch, sich von genau diesen Energieträgern unabhängig zu machen

und erneuerbare Energien mit effizienten Flexibilitätsoptionen rasch auszubauen. Dabei bieten sich insbesondere dezentrale Lösungen an, die lokale Potenziale von Erneuerbaren und Sektorkopplung nutzen und weniger auf europaweite oder globale Energieströme angewiesen sind. Dass eine Vollversorgung mit erneuerbaren Energien auch unter stärkerer Berücksichtigung von Dezentralität und räumlicher Verbrauchsnähe der Erzeugung möglich ist, ohne dabei von Importen abhängig zu sein, hat das DIW Berlin in einer aktuellen Studie gezeigt. Dies ist zum einen sinnvoll, um zusätzliche dezentrale Potenziale an erneuerbaren Energien verfügbar zu machen, unter anderem durch Mieterstrommodelle im urbanen Raum für Photovoltaik. Zum anderen ist Bürgerengagement, ein ursprünglicher Treiber der Energiewende in den 1970er Jahren, notwendig, um die Akzeptanz der Energiewende in der Bevölkerung und den Übergang vom fossilen System zu 100-Prozent-Erneuerbaren zu beschleunigen. Dezentrale Erzeugungs- und Verbrauchsmodelle können auch die regionale Wirtschaftskraft stärken. Ausreichend Potenziale an Erneuerbaren gibt es, sowohl bei Wind auf Land und auf See, als auch bei PV-Aufdach- und Freiflächenanlagen, und zwar europaweit.

„Die einzig redliche Antwort ist der forcierte und beschleunigte Weg in das Zeitalter der erneuerbaren Energien“, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel am 14. März 2011 kurz nach der Tsunami- und Atomkatastrophe in Fukushima. Dies gilt heute umso mehr: Sowohl aus technischen als auch sozioökonomischen Gründen sollten dabei auch dezentrale Ansätze mit räumlicher Verbrauchsnähe der Erzeugung genutzt werden. Dies ist eine bessere Versicherung gegen Preissteigerungen als der Kauf von Gazprom-Beteiligungen. Nach dem Kohleausstieg muss jetzt der Ausstieg aus fossilem Erdöl und Erdgas (dessen CO₂-Bilanz bei einer Lebenszyklusanalyse noch schlechter ausfällt als die der Kohle) zielgerichtet und zeitnah auf den Weg gebracht werden. Und, last but not least, Kernkraft kann wohl niemand ernsthaft als eine „saubere“ und zukunftstaugliche Energiequelle für die Energiewende ins Gespräch bringen.

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

88. Jahrgang 27. Oktober 2021

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan;
Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander
Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Prof. Karsten
Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Carsten Schröder; Prof. Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion

Sabine Fiedler; Dr. Anna Hammerschmid (Stellv.)

Lektorat

Prof. Dr. Katharina Wrohlich

Redaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Marten Brehmer; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck;
Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Sebastian Kollmann; Sandra Tubik;
Kristina van Deuverden

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, Stefanie Reeg, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den
Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter
unter www.diw.de/newsletter